

28 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (V. G.P.).**Regierungsvorlage.**

Bundesgesetz vom —. Jänner 1946, womit das Gesetz vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 152, über die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Geschlechtskrankheiten ergänzt und abgeändert wird (Geschlechtskrankheitengesetznovelle).

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.

Das Gesetz vom 22. August 1945 über die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Geschlechtskrankheiten, St. G. Bl. Nr. 152, wird ergänzt und abgeändert wie folgt:

§ 1. Nach § 12 wird eingefügt:

§ 12 a. Wer in Kenntnis des Umstandes, geschlechtskrank zu sein, diese Krankheit auf einen anderen überträgt, unterliegt den im § 393 des Strafgesetzes vorgesehenen Strafen.

§ 2. § 14, Abs. (3), entfällt.

Artikel II.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Erläuternde Bemerkungen.

Die Alliierte Kommission für Österreich hat die Anwendbarkeit des Gesetzes vom 22. August 1945 über die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Geschlechtskrankheiten auf ganz Österreich mit der Maßgabe genehmigt, daß es in folgender Richtung ergänzt wird:

„Wer in Kenntnis des Umstandes, geschlechtskrank zu sein, einen Dritten ansteckt, unterliegt den im § 393 des Strafgesetzes vorgesehenen Strafen.“

Wenn auch ein besonderer Hinweis auf die Vorschrift des § 393 StG. unterbleiben könnte, weil die Anwendung dieser Bestimmung des Strafgesetzes ebenso zwangsläufig erfolgen muß wie alle anderen Bestimmungen des Strafgesetzes, wäre dennoch der Forderung der Alliierten Kommission für Österreich, durch die offensichtlich erkrankte Personen auf die besonderen Strafbestimmungen aufmerksam gemacht und dadurch nachdrücklich vor einem Geschlechtsverkehr gewarnt werden sollen, schon auch aus dem

Grunde Rechnung zu tragen, um die Anerkennung des Gesetzes, beziehungsweise die endgültige Genehmigung durch die Alliierte Kommission zu erwirken.

Der Text der von der Alliierten Kommission gewünschten Ergänzungen des Gesetzes vom 22. August 1945, St. G. Bl. Nr. 152, wurde nun insofern abgeändert, als an Stelle der Worte „einen Dritten ansteckt“, die Worte gesetzt wurden, „diese Krankheit auf einen anderen überträgt.“ Hiedurch soll einerseits die Übereinstimmung mit dem im Gesetze enthaltenen Fachausdrucke „übertragen“ und nicht „anstecken“ erreicht und andererseits klar zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht bloß die Übertragung auf einen Dritten, sondern eben jede Übertragung auf einen „anderen“ strafbar ist.

Schließlich wird durch Außerkraftsetzung einer versehentlich in den Gesetzestext aufgenommenen Bestimmung über die Portogebühren für Infektionsanzeigen der derzeit geltende Rechtszustand eindeutig klargelegt.